

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large red arrow graphic pointing upwards and to the right, positioned below the "AfD" text.



Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

<https://t.me/pboehringer>

peter.boehringer@bundestag.de

www.pboehringer.de

[/PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)

[/pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)

[/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)

Rekordschulden wegen EU-Planideologie, Klima, Corona, Krieg

Die Neuverschuldung Deutschlands im Bundeshaushalt 2022 wird von den bislang 99 Milliarden Euro nun um weitere 40 Milliarden Euro ansteigen. Rechnet man außerdem das neue Sondervermögen Bundeswehr hinzu, beläuft sich die Neuverschuldung 2022 sogar auf rekordhohe 239 Milliarden Euro.

Die zusätzlichen Milliarden sind nicht allein auf die Ukraine-Krise zurückzuführen. Da der Finanzminister weiß, dass er die Schuldenbremse effektiv auch 2023 nicht einhalten können, baut er vor. Er schafft immer weitere Sondervermögen, deren künftige Schulden durch Buchungstricks nicht mehr in die Schuldenbremse eingerechnet werden.

Dass diese Sondervermögen zunehmend zweckentfremdet werden, sei es wenn der Energie- und Klimafonds plötzlich noch ganz andere EU-Ideologie vorantreibt oder das Sondervermögen Bundeswehr die Aufrüstung sogar fremder Staaten(!) finanziert, ist dabei u.E. rechtswidrig. Mit der Aufschuldung über solche faktischen Nebenhaushalte verringert sich die Aussagekraft des eigentlichen Bundeshaushalts, und eine Rückkehr zu stabilitätsorientierter Finanzpolitik wird immer unwahrscheinlicher.

Das sogenannte „Sondervermögen Bundeswehr“, das einfach nur aus 100 Milliarden Euro Schulden besteht, hat formell nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun. Hier wird lediglich ein uralter und langjährig aufgelaufener Investitionsstau bei der Bundeswehr geheilt. Materiell stünde die AfD diesem Vorhaben nicht entgegen, solange wirklich nur die Landesverteidigung gestärkt werden soll, woran es allerdings Zweifel gibt.

Bei der getrennt zu sehenden Frage der Lieferung schwerer Waffen gab es im Bundestag bei der AfD-Fraktion keinen Fraktionszwang. Welches Vorgehen im Ukrainekrieg bringt schneller Frieden, mehr Freiheit und weniger Opfer: Waffenlieferungen oder eben keine? Hier hatte jeder AfD-Abgeordnete Gewissens- und Einschätzungsfreiheit. Das macht das überwältigende Abstimmungsergebnis der Fraktion gegen solche Lieferungen auch durchaus aussagekräftig. Es muss gelten „deutsches Interesse zuerst“. Man darf nun zwar streiten, was das genau bedeutet. Die Fraktion jedenfalls folgte nicht der These, wenn die Ukraine falle, sei der Russe morgen in Portugal... Es muss einen Ausgleichsfrieden geben, der allerdings zunächst einmal Gespräche voraussetzt, die in der aktuellen Stimmung nicht in Sicht zu sein scheinen.

Grundgesetz-Änderung für Bundeswehr?

Die materielle Absicht der Auflösung eines langjährigen Investitionsstaus bei der Bundeswehr ist begrüßenswert, die Umsetzung aber rechtlich bedenklich.

Wir sind grundsätzlich gegen Sondervermögen, weil sie die reguläre, transparente Entscheidungsfindung des Bundestags über den Haushalt beeinträchtigen. Und nun gar noch eine Absicherung über eine GG-Änderung? Dieses Sondervermögen wird so nicht nur „NEBEN der Schuldenbremse stehen“ (Lindner): Es steht faktisch sogar neben dem Haushalt! Eine Grundgesetzänderung darf es für das Vorhaben nicht geben – das ist in keiner Weise erforderlich und würde einen gefährlichen Präzedenzfall darstellen. Das Grundgesetz könnte sonst immer wieder zur Unterlaufung des Haushalts- und Stabilitätsrechts missbraucht werden. So etwas macht man einfach nicht. Die Bundeswehr-Mittel gehören regulär ohne Einführung eines Sondervermögens im Kernhaushalt eingestellt. Die Mehrheit für solche Investitionen wäre im Bundestag problemlos gesichert: Es gäbe dafür auf lange Jahre über 80% Zustimmung!

Das Sondervermögen Bundeswehr dient ausschließlich der Umgehung der Schuldenbremse: Es bekommt sogar eine eigene Kreditaufnahme-Möglichkeit. Ohne Tilgungsplan und ohne An-

rechnung auf die verfassungsrechtlichen Schuldenobergrenzen.

Seit 2020 setzt die Regierung die Schuldenbremse immer wieder „ausnahmsweise“ aus und nutzt die Mittel auch noch zweckentfremdet. Das ist permanenter Rechtsbruch. Wen außer der AfD stört das? Auch beim Bundeswehr-Sondervermögen zeichnet sich eine Zweckentfremdung ab, denn leider wird das Geld nicht nur zugunsten der Bundeswehr, sondern auch für die Aufrüstung von nicht näher definierten „Partnerstaaten“ ausgegeben werden. Das schuldenfinanzierte Nebenhaushalts-Vehikel ist überflüssig und intransparent. Der Kernhaushalt spiegelt so zunehmend nur noch einen Teil der Wirklichkeit. Die Sozialisten im Bundestag begrüßen dies. Denn natürlich regiert es sich mit verschleierte und ausgelagerten Schulden viel einfacher – so machen Sie es ja auch schon beim Klimafonds, beim ESM und bei den EU-Schuldenprogrammen. Wegen der Kausalkette von der Schuldenmonetisierung der EZB zu hoher Inflation ist dies aber fatal. Wir haben bereits asoziale 7% Teuerung.



Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelferafd

🌐 www.peterfelser.de

Deutsche Abhängigkeit von Agrarimporten und 4 Prozent- Irrsinn stoppen

Jeder Deutsche erlebt zurzeit eine gewisse Beunruhigung bei dem Blick in die leeren Supermarktregale, kein Mehl und kein Sonnenblumenöl. Es stellt sich heute die Forderung nach einer eigenständigen Lebensmittelversorgung innerhalb unseres Landes. Bei der Versorgung mit Obst und Gemüse liegen wir hierzulande nur bei 25 – 30 Prozent. Der Rest wird eifrig importiert. Unsere Äpfel kommen überwiegend aus Polen, Italien und Frankreich. Kirschen kommen ebenso zu größten Teilen aus Polen. Unser Gemüse wird aus den Niederlanden und Spanien gebracht. Wir erleben Preissteigerungen für Obst und Gemüse nicht nur wegen des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. Diese Fehlentwicklung begann schon weit früher. Klima – und Umweltschutzmaßnahmen belasten unsere Bauern. Immer strengere Sanktionen, Fördermittelregularien, jede Menge bürokratischer Aufwand erschwert den Bauern ihre Handlungsfähigkeit. Die eigene Entscheidungsfreiheit zur Bestellung ihrer Äcker wird durch die unangemessenen Vorgaben aus Brüssel beschränkt. Laut Abfrage Peter Felsers an Landwirtschaftsminister Chem Özdemir mussten 140.000 Betriebe allein unter der Regierung Merkel für immer ihre Tore schließen.

Systematische Flächenstilllegungen und baubedingte Flächenversiegelungen werden zur Gefahr. Ab 2023 müssen die Bauern, um ihre Direktzahlungen zu erhalten, 4 Prozent ihrer Flächen in die Zwangsbrache überführen. Diese Flächen liegen dann still, können nicht mehr zur Lebensmittelerzeugung vorgehalten werden. Auch Bienenweiden sind hier nicht gewünscht. Die Bundesregierung hat sich den Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität als oberste Prämisse auf Ihre Fahnen geschrieben. Perfide ist dass es zeitgleich in den nordafrikanischen Ländern zur Hungersnot kommen wird, da sie 30 Prozent ihres Weizenbedarfs bisher aus Russland und der Ukraine deckten. Der Getreidepreis hat sich mehr als verdoppelt, Lieferketten sind auch hier massiv gestört. Kleine Bäckereien müssen schließen. Der Getreidegigant China hält große Reserven in riesigen Speichern zur Selbstversorgung vor. Im Gegenzug kauft sich die chinesische Wirtschaft in Afrika durch eine sichtbare Erschließung der Länder ein (Bahn- und Straßenneubauten), um dort an seltene Erden und Edelmetalle zu gelangen.

AfD fordert Renationalisierung der Agrarpolitik und der ASP gemeinsam entgegen!

Der Druck auf unsere Bauern muss deutlich minimiert werden. Die bisherige EU- Agrarpolitik muss wieder in die deutsche Zuständigkeit zurückgeholt, renationalisiert werden. Die immensen bürokratischen Hürden stellen ein immer größer werdendes Problem dar. Kleine Höfe sollten gezielt gefördert werden. Eine regionale Möglichkeit der Schlachtung, Vermarktung ihrer Produkte bis zum Verkauf, muss attraktiv für jeden Einzelnen gestaltet werden. Auch an die Digitalisierung der erzeugten Lebensmittel vom Hof auf die Plattform muss gedacht werden, bevor Unternehmen wie Amazon daran verdienen. Echt- Plattform- Ökonomie mit internetbasierten Geschäftsmodellen sollen Anbieter und Interessenten zusammen bringen. Sanktionen zur noch besseren Tierhaltung dürfen nicht noch weiter verschärft werden, da die Bauern bereits vielfach in modernste Stalmbauten investiert haben.

Besonders hart trifft es derzeit unsere schweinehaltenden Betriebe in Deutschland. Durch Importstopp von deutschem Schweinefleisch durch China als Hauptabnehmer, sind die Absatzpreise so stark gesunken dass sich einige Betriebe in der Zahl der gehaltenen Schweine nun massiv einschränken müssen oder ihre Betriebe gänzlich aufgeben müssen.

Die Afrikanische Schweinepest ist nun auch in Süddeutschland angekommen. Das Friedrich – Löffler Institut bestätigte einen Fall der ASP in einem Freiland-schweinehalterbetrieb in Baden Württemberg. Wie gut sich das Bundesland auf diese für Menschen ungefährliche Tierseuche vorbereitet hat wird sich schnell zeigen. In meinem Antrag an die Bundesregierung fordern wir eine ganzheitliche Vorgehensweise bei der Bekämpfung dieser für Schweine sehr schmerzhaften Viruserkrankung. Schweinefleischproduzenten müssen geschützt werden, wir fordern eine sofortige Hilfe.

Die Umzäunung und die Einrichtung von Schutzzonen hat sich als alleiniges Mittel der Wahl vielfach leider noch nicht bewährt. Die Einbindung von extra ausgebildeten Kadaversuchhunden ist ein Teil der sinnvollen Bekämpfung. In dem betroffenen Betrieb wurde das Virus durch konterminiertes Schweinefutter eingetragen. Die Bundesländer müssen übergreifend zusammenarbeiten, die Seuche fragt nicht nach Gemarkungs- oder Landesgrenzen. Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern und Sachsen sind bisher über die Einschleppung durch infizierte Wildschweine betroffen. Die Übertragung der ASP durch Futtermittel ist hingegen menschengemacht.



Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 /RainerKraftAfD

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /dr.rainer.kraft

Warum Energie in Deutschland teuer ist

Es ist kein Geheimnis, Energie, Strom, Benzin, Diesel, Gas und Heizöl sind in Deutschland noch nie billig gewesen. Schon immer hat der Staat beim Verbrauch dieser Energie ordentlich die Hand aufgehoben und den Energiekonsumenten mittels Steuern und Abgaben einen gehörigen Anteil mehr als nötig aus der Tasche gezogen. Als Ergebnis davon waren die ehemalige Mineralölsteuer die nun Energiesteuer heißt zu signifikanten Beiträgen im Staatshaushalt angewachsen und mithin gerne genommenes Geld um sich allerlei ideologiegetriebene Phantastereien auf Steuerzahlerkosten zu gönnen. Klima- und Genderprojekte in Afrika? Kein Problem, irgendein Pendler braucht das Benzin für seinen Job und wird zahlen.

Jüngstes Beispiel ist natürlich die CO₂-Abgabe. Auf dem Papier und im internationalen Vergleich ist sie tatsächlich noch bescheiden, andere Länder haben einen viel höheren CO₂-Preis. Diese Länder haben allerdings die Energiekonsumenten vorher und parallel dazu nicht bis zum Brechen geschöpft, wie das die Bundesregierung in klimapolitischer Eiferung getan hat.

Grundbaustein der Preissteigerung im Stromsektor ist natürlich die Energie- wende. Sie zwingt zur Bevorratung von Stromerzeugungskapazitäten die für

einen Ausfall von Wind- und Sonne bereitstehen müssen und von den Konsumenten mitfinanziert werden, obwohl sie nur beschränkt Möglichkeiten haben sich durch Verkauf von Strom zu refinanzieren. Des Weiteren ist die Energie- wende schädlich, da sie die Diversifi- zierung der Strombranche durch Verbot von Kernkraft und Kohleverstromung einschränkt. Einer Verteuerung eines Energieträgers wie derzeit Gas kann daher nicht durch Ausweichen in einen anderen begegnet werden. Das Ergebnis sind unnötig hohe Stromprei- se an denen der Staat als Ergebnis auch noch profitiert, da er prozentual an den Kosten seinen Anteil nimmt.

Im Ergebnis sind die Begründungen bezüglich der hohen Energiepreise, Corona, Lieferketten und Krieg in der Ukraine nur Ausreden um von eigentli- chen, politischen Versagen der Regie- rungen in Deutschland in den vergan- genen 20 Jahren abzulenken.

Was die AfD tun will um Energie in Deutschland preiswerter zu machen

Um es gleich vorweg zu sagen. Energie sollte in Deutschland nicht nur jetzt, zu Hochpreiszeiten preiswerter gemacht werden, sondern generell. Dies zum Vorteil der Bürger, denen mehr Ihres Geldes bleibt, und zum Vorteil der exportorientierten Wirtschaft die diesen Preisvorteil dann erneut in Investitionen und der Schaffung neuer, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze anlegen kann.

Zuvorderst wäre die CO₂-Abgabe abzuschaffen. Diese wird in Ergänzung der sowieso schon hohen Abgaben erhoben. Die vor kurzem beschlossene Übernahme der EEG Umlage durch den Steuerzahler entlastet die Bürger und Stromverbraucher nicht in äquivalenter Weise, der Staat nimmt auch hier durch die CO₂-Abgabe wieder mehr als er gibt, aber das ist ja nichts Neues. Da der Staat nun die Mehreinnahmen der CO₂-Abgabe in Klimaprojekte stecken möchte, auf der anderen Seite aber mehrere Milliarden aus dem Steuertopf nun zur Übernahme der EEG Umlage verwendet, bleibt die Frage, welche staatlichen Ausgaben nun um diesen Betrag gekürzt werden? Das Militär? Bildung und Forschung? Der Sozialbereich? Renten? Es bleibt abzuwarten.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der in der Problemerkennung erwähnt wurde, ist die Einengung auf zu wenige zuverlässige

Energieerzeugungsmethoden. Steigt der Preis der verbliebenen Energierohstoffe ist ein Ausweichen in andere Rohstoffe nicht mehr möglich, wie sich derzeit bei der Gasverstromung zeigt, die auf Rekordniveau ist, da eine Verstromung von Kohle und die Erzeugung mittels Kernkraft politisch nicht mehr gewollt ist. Der Gaspreis wird dadurch weiter angeheizt.

Des Weiteren bleibt die Möglichkeiten der Steuersenkung z.B. der Mehrwertsteuer entweder über alles, oder für Energieträger um die Situation der teuren Energie in Deutschland zu entschärfen. Entsprechende Vorschläge sind im Wahlprogramm der AfD aufgeführt.

Weniger gut geeignet, auch wenn es eine Entlastung bringt, sind indirekte Maßnahmen, bei denen den Bürgern zuerst das Geld abgenommen wird um danach einen Anteil wieder zu verteilen. Genannt seien hier das Entlastungspaket, eine Erhöhung der Pendlerpauschale oder das 9 € Ticket. Eine Entlastungspolitik die dem steuerzahlenden Bürger weniger wegnimmt als ihm in Anschluß an hohe Abgaben ‚generös‘ etwas von seinem eigenen Geld zurückzugeben ist in jedem Falle zu bevorzugen.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- **Verteidigungsausschuss**
- **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung**
- **Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**
- **NATO Parlamentarische Versammlung**

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Ukraine-Krieg offenbart deutsche Verteidigungsunfähigkeit

„Wäre die Bundeswehr im Ernstfall in der Lage, Deutschland zu verteidigen?“ – „Nein“ oder „Das Heer ist mehr oder weniger blank!“ Ranghohe Vertreter der Bundeswehr wie Ex-Nato-General Egon Ramms oder der Heeresinspekteur Generalleutnant Alfons Mais stellen vor dem Hintergrund der russischen Invasion der Ukraine die Gefechtsbereitschaft der deutschen Truppe und damit die gesamte deutsche Verteidigungspolitik der vergangenen Jahrzehnte infrage.

Was nach dem Ende des Kalten Krieges im Zuge der Abrüstungsvereinbarungen als „Friedensdividende“ gefeiert wurde, hat zusammen mit jahrelanger Planlosigkeit der deutschen Politik und friedensbewegten Medienvertretern zu dem erst jetzt allseits beklagten, von uns AfD-Politikern aber immer wieder kritisierten, Mangelzustand bei Personal und Material der Bundeswehr geführt.

Hinzu kam, dass seit der Wiedervereinigung Verteidigungsminister von CDU und SPD die Bundeswehr mit immer neuen Reformen unter dem Schlagwort „Transformation“ völlig entkernt haben. Auch wurden unter der völlig überforderten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen betriebswirtschaftliche Ideen aus der Unternehmensberatung genutzt, um beispiels-

weise Ersatzteile und Munition mit wenig Bevorratung „Just-in Time“ liefern zu lassen. Durch diese Verfahren kann zwar eine „planbare“ Einsatzbereitschaft für bestimmte Aufgaben erreicht werden, nicht jedoch die als „Kaltstartfähigkeit“ bezeichnete hohe Kampfkraft und Durchhaltefähigkeit, bei der Teile von Großverbänden binnen Stunden ausrücken können und auch genügend Munition und Treibstoff haben, um Deutschland länger als 1 Tag zu verteidigen.

Das genau ist aber die grundgesetzlich festgelegte Aufgabe der Bundeswehr. Sie soll nach Art. 87a GG die Souveränität und territoriale Integrität Deutschlands schützen und darüber hinaus die Nato-Bündnisverpflichtungen erfüllen.

Verantwortlich für die materielle und personelle Ausstattung der Streitkräfte ist der Bund, der einen entsprechenden Haushalt aufzustellen hat. Dieser Verpflichtung sind alle Bundesregierungen seit Jahren nicht nachgekommen und haben zusätzlich, durch verheerende Entscheidungen wie die „Aussetzung der Wehrpflicht“, den desolaten Zustand der Bundeswehr noch verschlimmert.

Was die AfD tun will, um Deutschland verteidigungsfähig zu machen

Die AfD gibt sich nicht mit der „Symbolpolitik“ von Kanzler Olaf Scholz zufrieden, der am tatsächlichen Bedarf und am Haushalt vorbei nur mit Blick auf seine Wählerklientel eine willkürlich gesetzte Zahl von 100 Milliarden Euro neue Schulden für die Bundeswehr ausruft. Die AfD setzt sich demgegenüber seit Jahren als einzige Partei dafür ein, dass die Bundeswehr - wie es unser Grundgesetz vorsieht - ihre ranghöchste Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung tatsächlich erfüllen kann und das langfristig.

Die AfD fordert jetzt als ersten zwingenden Schritt, bevor die zusätzlichen 100 Mrd. „Sonderschulden“ von der Ampelkoalition im Geiste der multilateralen, klimaneutralen und gendgerechten neuen Weltordnung verteilt werden und verpuffen, eine fundierte Bedarfsanalyse der Bundeswehr durchzuführen! Welches Fähigkeitsprofil benötigen die deutschen Streitkräfte um ihren Auftrag, die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger vor Angriffen von außen zu erfüllen? Dazu dienen weder Auslandseinsätze noch die großzügige Finanzierung militärischer Ausrüstung anderer Staaten, während unsere eigene Truppe auf Jahrzehnte altes Gerät zurückgreifen muss und wegen fehlender Ersatzteile und Munition kaum einsatzbereit ist.

Als zweiter Schritt steht für uns die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Zusagen im Rahmen des Nordatlanti-

schen Bündnisses im Fokus. Die Landesverteidigung wird zwar nicht durch die Bündnisverteidigung ersetzt, dennoch ist die NATO mit ihrer gegenseitigen Beistandsverpflichtung für Deutschland eine sicherheitspolitische Rückversicherung. Hierbei gilt aber auch: je stärker die eigene Verteidigungsfähigkeit ist, desto unabhängiger ist unser Land von den militärischen Fähigkeiten der NATO-Partner. Das 2 Prozent-Ziel des deutschen Bruttoinlandsprodukts muss deshalb nachhaltig durch den Verteidigungshaushalt erreicht werden, sonst kommen wir nach dem Verbrauch der „Sonderschulden“ verteidigungspolitisch in eine gefährliche Situation, denn dann würden die Haushaltsmittel nicht mehr ausreichen um den regulären Betrieb der Bundeswehr zu gewährleisten. Als dritten Schritt fordert die AfD, dass ab sofort ausländische Lieferanten bei deutscher Rüstungsbeschaffung im Ausland (z.B. beim Kauf von Kampfflugzeugen) dazu verpflichtet werden, mit Unternehmen in Deutschland eine Kompensation durch sog. „Offset-Vereinbarungen“ bis zur vollen Höhe des Kaufpreises zu erbringen. Dies dient zum einen dem Erhalt von nationaler Schlüsseltechnologie und zum anderen dazu die wehrtechnische Abhängigkeit vom Ausland zu minimieren und die Versorgungssicherheit der eigenen Streitkräfte zu stärken. Leider verzichtet Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Nationen bisher großzügig darauf.



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiaspeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Will die EU eine Räte-Herrschaft?

Dass derzeit ein neuerlicher Anlauf unternommen wird, die EU mit eigener Staatlichkeit und Identität auszustatten, geht außerhalb von interessierten Kreisen völlig unter. Krampfhaft bemüht, irgendeine Art von wirklicher demokratischer Legitimation vorzutäuschen, riefen die EU-Gremien eine „Konferenz zur Zukunft Europas“ aus. Die ganze Machart erinnert eher an mittelalterliche Katechismus-Konzile als an wirkliche Demokratie: Aus angeblich zufällig ausgewählten Bürgern der Union werden in vier „Foren“ à 200 Personen sämtliche „Zukunfts-Themen der EU“ besprochen und Forderungen niedergelegt. Ein Drittel muss unter 25 Jahre nebenbei sein. Dazu gibt es eine Online-Plattform in babylonischem Sprachgewirr, aus deren Postings (!) ebenfalls Handlungen abgeleitet werden sowie einen unüberschaubaren Wust aus weiter mit EU-Parlamentariern angereicherten „halb-Plenarsitzungen“ oder Komplettsitzungen dieser Bürgerräte. Diese Räte soll es später auch noch in den Mitgliedstaaten geben.

All das wird keine lose Ideensammlung sein, sondern per Art 48 EUV in konkrete Vertragsänderungen überführt werden. Die Kommission sowie der Europäische Rat der Regierungschefs nehmen am 09.05. Stellung zu diesem Geist, den sie selber aus der Flasche gelassen ha-

ben. Denn die Forderungen haben es in sich: Weitgehende Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips unter den Mitgliedsstaaten, EU-weite Einheitslisten bei Wahlen, rigorose Einordnung was Hate-Speech sein soll und Schaffung einer EU-Identität gerade unter Migranten. Klimaneutralität versteht sich natürlich von selbst. Dass gefordert wird, das sog. EU-Parlament solle nun auch Gesetzesinitiativen starten dürfen, wird von diesem natürlich euphorisch aufgegriffen, muss aber im Blickwinkel der EU-Identitätserzwingung gesehen werden.

Diese Einführung einer Räte-Herrschaft in der EU wird Richtlinien und Verordnungen noch weiter chaotisch und gleichzeitig ideologisch machen. Der Unterausschuss Europarecht, in den ich erneut für die AfD entsandt wurde, wird gerade die rechtlichen Fragestellungen niemals voll bearbeiten können, geschweige denn kontern. Es ist zu befürchten, dass die Quote der EU-beeinflussten Gesetze sich langsam aber sicher auch im Bundestag Richtung 100% entwickeln wird.

Unabhängige Justiz und nationale Souveränität contra EU-Pläne

Das Justizministerium unter Buschmann wird sicherlich alles umsetzen und mit der Ampel-Mehrheit auch im Rechtsausschuss Diskussionen im Keim ersticken. Je nach Lage könnte der Europarechtsausschuss zwar Dinge im größeren Rechtsausschuss vorlegen, aber das Ergebnis bliebe dasselbe. Der Krieg in der Ukraine hat die lahrende EU-Idee auch leider noch einmal ganz neu gestärkt. Damit kommen diese umfassenden Pläne zusätzlich zur Unzeit. Die klare Forderung der AfD, aus der EU auszutreten, würde gerade im rechtlichen Bereich ein heilsames Beben auslösen. Plötzlich könnte man sich auch nicht mehr auf Ausreden stützen „wir würden ja gerne, aber Brüssel ...“. Wie eben aktuell das Lavieren bzgl. Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG). Auch eine unserer Kernforderungen, die Entpolitisierung der Justiz ist in einem EU-Konstrukt nicht machbar. Zwar kritisiert man in Brüssel die Weisungsgebundenheit der deutschen Staatsanwaltschaft, gleichzeitig ist die europäische Staatsanwaltschaft per se ein politisch gewolltes, transnationales Konstrukt und der EuGH gehorcht vollkommen unverhohlen der Kommission und ihren Plänen. Richter und Staatsanwälte sollten jedoch allein dem deutschen Staat verantwortlich sein und möglichst basisdemokratisch ohne Parteipolitik bestimmt werden.

Ein Kern der EU-Rechtsetzung ist immer wieder „Antidiskriminierung“, dazu gehört auch das Inflationäre Anwenden von „Hassrede“. Dies soll auch nach den o.g. Räte-Konferenzen in allen Gesetzen direkt und indirekt Einzug halten. Kontinuierliches Anprangern der Unzulässigkeit dieses Sozialingenieurturns leisten wir in den Ausschüssen (die EU geht weit über die eigenen Befugnisse in den Verträgen hinaus) sowie Fraktion und Partei allgemeinpolitisch.

Den Luxus der Ansicht, dass man „doch eh nicht ändern“ könne, dürfen wir uns nicht leisten. Erfolge unserer Schwesterparteien in vielen Mitgliedsstaaten zeigen, dass Einfluss möglich ist. Die EU gravitiert um den Rat der Regierungschefs, selbst die Kommission hängt von diesem ab. Wenn dort gewichtige Stimmen über Länderregierungen eingebracht werden, kann das ganze Konstrukt durchaus rückabgewickelt werden. Geschichte passiert immer dann, wenn man sie nicht kommen sieht.



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 @AfDProtschka

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /@stephan.protschka.mdb

 /Protschka

 /StephanProtschkaMdB

Bundesminister und sein Ressort halten an ideologischer Agrarpolitik fest

Erst kürzlich zeigte Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir mit seiner Entscheidung gegen einen Anbau von Ackerkulturen auf ökologischen Vorrangflächen, dass er seine Ideologien selbst einer weltweiten Lebensmittelverknappung voranstellt. Sogar die zögerliche EU-Kommission wollte mit ihrem Beschluss als Reaktion auf die russische Invasion in die Ukraine und den daraus resultierenden Lebensmittelpreisen einen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten. So verständigte man sich auf europäischer Ebene darauf, dass die Erzeugung von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen auf Brachflächen befristet zugelassen werde und die Ausbringung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen erlaubt sei. Die Bundesregierung entschied sich hingegen als einziger EU-Mitgliedstaat für einen Sonderweg und machte von der europäischen Ausnahmeregelung nur halbherzig Gebrauch. Sie gibt die heimischen ökologischen Vorrangflächen nur für die Futternutzung frei und verbietet die Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln. Aus meiner Sicht isoliert sich Deutschland durch dieses Vorgehen von den restlichen Mitgliedstaaten und gefährdet durch eine derart ideologische Engstirnigkeit nicht nur unsere heimischen landwirtschaftlichen Betriebe, sondern sie riskiert auch die Er-

nährungssicherheit in Europa und weltweit. Begründet wird dieser nationale Alleingang damit, dass sich eine befristete Nutzung der Brachen negativ auf die Biodiversität auswirken könne. Auf meine Nachfrage an die Bundesregierung, welchen konkreten und messbaren Effekt jedoch ökologische Vorrangflächen auf die Verhinderung des Artensterbens haben, bekam ich keine konkrete Antwort. Klar ist jedoch, dass wir derzeit aufgrund fehlender Daten keine bewertenden Aussagen zu Biodiversitätseffekten von agrarpolitischen Maßnahmen treffen können. Angesichts der weltweiten Nahrungsmittelknappheit und der drohenden Hungersnöte in den Entwicklungs- und Schwellenländern haben wir in Deutschland mit unseren landwirtschaftlichen Gunststandorten eine besondere moralische Verantwortung und sollten unseren Beitrag leisten, um den Menschen in Not zu helfen.

AfD-Bundestagsfraktion fordert Aussetzung von ideologischen Naturschutzzielen

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Krieges in der Ukraine und den weltweiten Folgen, die sich daraus ergeben, ist aus unserer Sicht eine Fortsetzung der flächendeckenden Extensivierung der Landwirtschaft nicht länger tragfähig und die Ernährungssicherheit sollte in der Prioritätenliste ganz oben stehen. Deshalb haben wir der Bundesregierung Lösungsvorschläge unterbreitet. So fordern wir, die für das Jahr 2023 verpflichtende Stilllegung von Teilen der Ackerfläche auszusetzen aber auch die von der EU-Kommission genehmigte Nutzung von ökologischen Vorrangflächen im vollen Umfang zu gestatten. Doch der Bundeslandwirtschaftsminister, der zur damaligen Zeit lieber für Hühner-Warnwesten warb als sich um die wichtigen Ernährungsfragen der Bevölkerung zu kümmern, lehnte es ab, die für den vermeintlichen Naturschutz zwangstillgelegten Ackerflächen bewirtschaften zu lassen.

Aber auch die Große Koalition trägt an der jetzigen Verknappung von Nahrungsmitteln eine Mitschuld. Sie war es, die im Jahr 2020 ohne jegliche Grundlage die nationale Düngeverordnung weiter verschärft hat, obwohl klar war, dass die Daten aus den hiesigen Nitratmessstellen mangelhaft und nicht repräsentativ waren. Weniger Dünger bedeutet gleichzeitig auch weniger Ertrag und die Auswirkungen bekommen wir

aktuell zu spüren. Ebenfalls wurde es versäumt, den Selbstversorgungsgrad bei Obst und Gemüse deutlich anzuheben, um so weniger auf Importe angewiesen zu sein. Um die genannten Fehler der jetzigen aber auch der vorherigen Regierung anzugehen, hat mein Arbeitskreis gleich drei Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht. Inhaltlich geht es hierbei darum, dass eine beabsichtigte Neuausweisung nitratbelasteter Gebiete als Teil der Düngeverordnung ausgesetzt wird. Zudem wollen wir den Selbstversorgungsgrad bei Hartweizen aber auch bei Obst und Gemüse weiter forcieren, um der Ernährungssicherheit hierzulande Rechnung zu tragen. Mit einem Dritten Antrag wollen wir die Nahrungsmittelverschwendung eindämmen, indem beispielsweise steuerliche Anreize geschaffen werden und die Vermarktungs- und Handelsnormen an die derzeitigen Erfordernisse angepasst werden.



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher**

 /sichertmartin

 /MartinSichertMdB

 /martinsichert

 /Martin_Sichert

 /martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

Corona-Politik: Panik statt Fakten – Lauterbach stochert mit der Spritze im Nebel!

Die Todesfallzahlen für 2021 beweisen eindeutig: Es gab nie einen Grund für all die Corona-Hysterie. Soweit konnte es nur kommen, weil die Corona-Politik ohne Daten und Fakten erfolgte.

In Debatten und Anhörungen des Bundestages zeigte sich über Monate, dass die Verantwortlichen nicht wussten, was sie tun. Sie wussten nicht, wie viele Patienten wegen Corona in Krankenhäusern liegen; sie wussten nicht, ob eine Impfung besser immunisiert als eine Infektion; sie ignorierten beharrlich Studien zu Impfnebenwirkungen; sie führten eine Verknappung von Intensivbetten künstlich herbei und betonten ständig die Gefahr einer Überlastung der Krankenhausintensivabteilungen – einer Gefahr, die es jedoch nie auch nur ansatzweise gab!

Trotzdem schürten Lauterbach (SPD) – wie auch schon sein Vorgänger Spahn (CDU) – gemeinsam mit den Mainstreammedien Panik. Sie zwangen ein ganzes Land in Lockdowns, Maske zu tragen, sich sozial zu isolieren, sie erzeugten Impfdruck, grenzten Ungeimpfte aus. Sie schädigten aber nicht nur die Menschen, nahmen ihnen die Freiheit.

Auch das Gesundheitssystem wurde finanziell an die Wand gefahren. Die Bundesregierung hat seit Beginn der sogenannten „Pandemie“ mehr als 660.000.000 Dosen Corona-Impfstoff

bestellt. Ausgegeben wurden dafür knapp 13 Mrd. Euro. Die von Medien immer als „kostenlos“ bezeichneten Corona-Tests kosteten dem Steuerzahler bislang 5 bis 6 Mrd. Euro.

Der eigentliche Kostenhammer ist dabei noch gar nicht berücksichtigt: Lockdowns, Beschränkungen, Hilfszahlungen von Bund und Ländern. Allein bis Ende 2021 ließen die Corona-Kosten die Staatsschulden um 111.000.000.000 Euro steigen!

Nach zwei Jahren Corona-Politik fällt das Resümee katastrophal aus: Spahn entmündigte die Bürger, Impffanatiker Lauterbach stochert sei Monaten buchstäblich mit der Spritze im Nebel. Anstatt für echte Datenerfassung zu sorgen, erfindet er lieber willkürlich Zahlen.

Corona-Politik: Die AfD setzt auf Zahlen & Fakten!

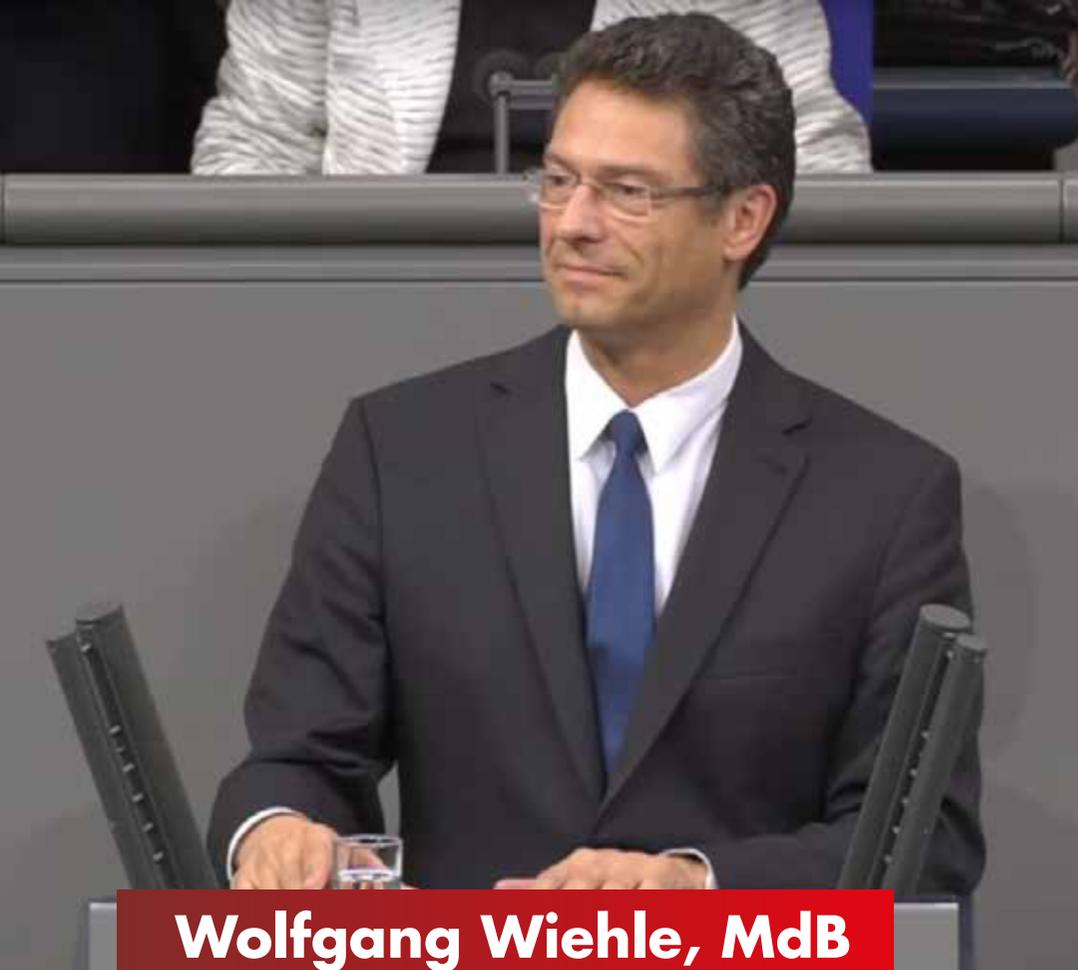
Der Bundeshaushalt weist einen Anstieg im Bereich „Gesundheit“ von 15 Milliarden (2019) auf 52,6 Milliarden (2022) Euro aus – mehr als eine Verdreifung! Dies basiert nahezu ausschließlich auf dem Corona-Tunnelblick der Regierung. Zu weit wichtigeren Problemen gibt es seitens der Ampel-Koalition keine Initiativen: Beispielsweise zur Ungleichbehandlung von Privat- und Kassenpatienten, was bei gesetzlich Versicherten zu teils wochen- oder monatelangen Wartezeiten auch bei lebensbedrohlichen Erkrankungen führt. Auch die desaströse Politik im Pflegebereich scheint den Verantwortlichen egal zu sein. Statt mehr Personal für den Pflegeberuf zu begeistern, werden ungeimpfte Pfleger durch die einrichtungsbezogene Impfpflicht diskriminiert; zehntausende Pflegekräfte fehlen dadurch zusätzlich.

Die AfD setzt auf faktenbasierte Realpolitik: Mit Anträgen gegen eine allgemeine Impfpflicht, sowie für einen sofortigen Stopp der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, positionierte sich die Bundestagsfraktion klar gegen jegliche Impfpflicht. Durch diesen Druck im Parlament und auch auf der Straße durch hunderttausende friedliche Demonstranten konnte zumindest die allgemeine Impfpflicht vorerst verhindert werden.

Ferner wurde mit dem Antrag „Keine Diskussion über Corona-Maßnahmen ohne ausreichende Datengrundlage über Wirksamkeit und Nebenwirkungen der Impfung“ gefordert, auch in Deutschland Daten über die lt. internationalen Studien sehr hohe Zahl von Impfnebenwirkungen zu erheben – eigentlich eine Selbstverständlichkeit für seriöse Politik!

Durch kritische Fragen an Sachverständige in öffentlichen Bundestagsanhörungen, die als Videos in den Sozialen Medien veröffentlicht wurden, konnten Millionen Bürger die Augen geöffnet werden. Mit der Hinzuziehung eigener Experten wurden alternative Standpunkte zum Impflobbyismus öffentlich.

Die AfD wirkt! Dank beharrlichem kritisieren und widerlegen der Verantwortlichen gelang es letztendlich, die Einführung der Impfpflicht im Frühjahr 2022 zu verhindern, die Erhebung relevanter Zahlen zu Corona-Erkrankungen und Impfnebenwirkungen – wenn auch in kleinen Schritten - voranzubringen, sowie den Pflegenotstand in den öffentlichen Focus zu rücken.



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

Auto-Mobilität massiv bedroht: Schikanen, Verbote, Preisexplosion!

Das Automobil ist für die meisten Deutschen unverzichtbar für Beruf und Freizeit. Millionen Arbeitsplätze hängen vom Auto ab. Als Inbegriff selbstbestimmter Mobilität ist es seit Langem im Fadenkreuz der grün-sozialistischen Ideologen. Mittlerweile setzt die Anti-Auto-Politik viel mehr als nur „Nadelstiche“ – sie ist in vielen Fällen existenzbedrohend. Für die nächsten Jahre droht unter dem Motto „Verkehrswende“ eine massive Verschärfung.

Lärm, Abgase, Unfallgefahren, Platz- und Energiebedarf werden von den Ideologen nicht als zu lösende Aufgaben, sondern als Grund für Behinderung oder Abschaffung des Autos gesehen.

Mit Verkehrsschikanen, Parkplatz- und Straßenrückbau sowie Infrastruktur-Verhinderung begann die Anti-Auto-Politik vielerorts vor rund 30 Jahren. Bessere Motor-, Abgas- und Sicherheitstechnik brachten andererseits viele echte Problemlösungen. Mit sehr strengen und wissenschaftlich zweifelhaften Grenzwerten (Beispiel: Stickoxide!) geht die Politik unter dem Einfluss „grüner“ Strategen aber hart an die Grenzen des technisch-wirtschaftlich Machbaren oder sogar darüber hinaus. Fahrverbote in vielen Städten bewirkten Milliardenverluste bei Autofahrern,

die ihren Diesel unter Wert verkaufen oder verschrotten lassen mussten.

Die politischen Angriffe auf die freie Verkehrsmittelwahl der Bürger laufen auf vielen Ebenen: Die CO₂-Abgabe verteuert Kraftstoffe immer weiter, Verbrennungsmotoren werden künftig bei Neuwagen verboten oder durch unerfüllbare Abgasnormen verhindert, neue Mautsysteme sind geplant. Die durch „Energiewende“ und radikale Sanktionspolitik nach oben schnellenden Energiepreise kommen noch hinzu. Teure E-Autos können die Verbrenner nicht vollständig ersetzen. So wird das Autofahren schon binnen weniger Jahre für viele unbezahlbar: Deutschland verarmt, nicht nur finanziell, sondern auch an Freiheit.

Die Bahn wird gepriesen und soll ausgebaut werden. Sie hat ihre Stärken bei großen Verkehrsmengen (Großstadtverkehr, Massengüter) und langen Strecken (Städteverbindungen, Transitverkehr) und wurde politisch lange vernachlässigt, aber sie ist kein Allheilmittel und wird die Alltagsprobleme für die meisten nicht lösen, auch nicht zusammen mit einem viele Milliarden Euro teuren Ausbau des ÖPNV.

Mobilität der Zukunft: technologieoffen und freiheitlich statt ideologisch gelenkt

In einer freiheitlichen Zukunft, wie die AfD sie anstrebt, werden die Bürger frei entscheiden, welches Verkehrsmittel sie für welchen Weg benutzen – ohne staatliche Gängelung durch Verbote und Preistreiberi. In einer solchen freiheitlichen Zukunft entwickeln Ingenieure, Techniker und Designer mit ihren Ideen die Verkehrsmittel weiter, und zwar ohne planwirtschaftliche Fernsteuerung durch Politiker, die das im globalen Maßstab kleine Deutschland zum Vorzeigeland einer ideologischen Klima-Weltpolitik machen wollen und dafür immer strengere CO₂-Planziele vorgeben.

Technologieoffenheit ist für uns deshalb entscheidend. Die heutige einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist auf Grund mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterieproduktion sofort zu stoppen. Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst wird oder weiter existiert, muss eine Frage des technischen Fortschritts sowie des Marktes werden, aber nicht der Verbotspolitik aus Berlin oder Brüssel.

Freiheit braucht bezahlbare Energie – das gilt gerade auch für die Mobilität. Deshalb hängt eine freiheitliche Verkehrspolitik direkt von einer lösungsorientierten statt einschränkenden

Energiepolitik ab. Wenn die realitätsfremde EU-CO₂-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht gestoppt werden kann, müssen synthetische Kraftstoffe für Verbrennungsmotoren bereitgestellt werden – und dafür müssen alle sinnvollen Wege beschritten werden, z.B. auch unter Nutzung der Kernenergie.

Elektronische Kommunikation kann Fahrten ersetzen, z.B. durch Arbeiten zu Hause und durch Videokonferenzen statt Geschäftsreisen. Dazu muss die Netzinfrastruktur überall im Land gut funktionieren, und die Verkehrsvermeidung muss als zusätzliche Freiheit, aber nicht als Zwang gestaltet werden.

Die Eisenbahn kann mit modernisierter und sinnvoll ergänzter Infrastruktur viel zur Abwicklung des Verkehrs beitragen. Mit einem zuverlässigen Taktverkehr mit kurzen Reisezeiten kann die Bahn mehr Fahrgäste gewinnen – ohne politische Gängelung. Mehr Transit-Güterverkehre müssen auf die Bahn verladen werden. Die Hauptlast des Verkehrs wird aber auch künftig über die Straße abgewickelt werden. Das muss die Politik beherzigen!

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**